



HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Berichts Antrag des Abg. Schaus (DIE LINKE) und Fraktion

betreffend erneute Mobbingvorwürfe in der hessischen Polizei – Antworten des Innenministers Bouffier auf Berichts Antrag 18/ 1860 betreffend Mobbingfälle in der Hessischen Polizei – Aufklärung statt Abwiegelung

In seiner 22. Sitzung beschäftigte sich der Innenausschuss mit der Antwort des Innenministers auf oben genannten Dringlichem Berichts Antrag der LINKEN, welchem eine Reihe von Berichten, Zuschriften und Presseveröffentlichungen über Mobbing bei der Hessischen Polizei zu Grunde lagen. Hierbei ging es insbesondere auch um die Frage nach der Unabhängigkeit des Zentralen Polizeilichen Psychologischen Dienstes (ZPD).

Die damaligen Darstellungen des langjährigem Innenministers und heutigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier, zwischen dem ZPD und disziplinarischen Maßnahmen bestünde ein „Zusammenhang grundsätzlich nicht“ und es gäbe „keinen Anlass daran zu zweifeln, dass die korrekt arbeiten“, erscheinen aufgrund aktueller Presseberichte mehr als zweifelhaft.

So liegen dem Hessischen Rundfunk offenbar Unterlagen und Aussagen vor, nach denen aus Polizeibehörden heraus Mitarbeiter observiert wurden. Auch, oder sogar vor Allem, private Gewohnheiten sollen in geheimen Akten geführt und in kompromittierender Weise gegen Mitarbeiter eingesetzt worden sein. Im Weiteren sollen Behördenleitungen mit dem ZPD Absprachen über zu erstellende psychologische Gutachtungen getroffen und sogar Druck und Einflussnahme auf psychologische Gutachter genommen haben. Ein ehemaliger Gutachter spricht von massivem Druck.

Da der damalige Innenminister jegliche Veränderung der polizeiinternen Konfliktlösungsstrukturen, insbesondere eine Hinterfragung der systemischen Abhängigkeit des ZPD von der Behördenleitung, sowie die Forderung nach Schaffung einer unabhängigen Anlaufstelle für Polizistinnen und Polizisten auf das Schärfste zurück gewiesen hat, stellen sich aus heutiger Sicht einige Fragen erneut, sowie weitere Fragen zum gesamten Komplex.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wurden und werden disziplinarische Maßnahmen mit der Untersuchung durch den Polizeilichen Psychologischen Dienst (ZPD) verknüpft?
2. Wenn ja, nach welchen Kriterien erfolgt dies und wie weit werden Personalvertretungen bei solchen Vorladungen von Bediensteten einbezogen?

3. Ist die Unabhängigkeit von Amtsärztinnen und Amtsärzten bzw. des ZPD bei der Begutachtung von Bediensteten der hessischen Polizei gesichert?
 - Wenn ja, wie erklären sich die presseöffentlichen Berichte, Aussagen und Unterlagen über behördeninterne Absprachen und ausgeübten Druck auf Gutachter zu Ungunsten der Bediensteten?
 - Wenn nein, wie und wann gedenkt die Landesregierung Unabhängigkeit von Amtsärztinnen und Amtsärzten bzw. des ZPD bei der Begutachtung von Bediensteten der hessischen Polizei künftig zu gewährleisten?

4. Werden in der Hessischen Polizei neben der Personalakte weitere Unterlagen über Bedienstete geführt?
 - Wenn nein, wie erklärt sich das Auftauchen weiterer, über die offizielle Personalakte hinausreichender Unterlagen über Bedienstete und die Aussagen des ehemaligen Landespolizeipräsidenten Nedala hierzu?
 - Wenn ja, von wem, welche, auf welcher rechtlichen Grundlage und zu welchem Zweck werden weitere Unterlagen geführt, wie erhalten die Bediensteten hierüber Kenntnis und was ist der Bestandteil weiterer Unterlagen?
 - Wenn ja, werden derlei Unterlagen bei der Erstellung von medizinisch-psychologischen Gutachten hinzugezogen oder ist dies im Sinne einer unabhängigen fachlichen Begutachtung mit Sicherheit in jedem Fall auszuschließen?

5. Wie beurteilt der Innenminister vor dem Hintergrund der aktuellen Berichte und Aussagen über Mobbing in der Hessischen Polizei die Darstellungen seines Amtsvorgängers im Februar 2010 im Innenausschuss, wonach eine Veränderung der polizeiinternen Konfliktlösungsstrukturen, insbesondere eine Hinterfragung der systemischen Abhängigkeit des ZPD von der Behördenleitung, sowie die Forderung nach Schaffung einer unabhängigen Anlaufstelle für Polizistinnen und Polizisten vollkommen abwegig erschienen?

6. Hat sich die Situation in den vergangenen 9 Monaten hierzu grundlegend verändert?

Wiesbaden, den 25.11.2010

Hermann Schaus

Parlamentarischer Geschäftsführer